

Die Lehrer kämpfen an allen Fronten ^{bz 19.9.08}

Loyalitätsprobleme Sorgen bereiten Schulinitiative, neue Verordnungen, Frühfranzösisch und vieles mehr

Die Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer begehren gegen den Druck auf, der ihnen von allen Seiten aufgesetzt wird. Sie warnen auch vor den Konsequenzen auf die Schüler.

BEA ASPER

«Ich bin zwar gegen die Privatschulinitiative. Ich habe aber auch grosse Mühe, für die Staatsschule zu werben, wo doch die Probleme der anstehenden Reform absehbar sind», sagte eine Lehrerin an der Delegiertenversammlung des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland (LVB) in Münchenstein. Ihr Votum ist nur eine Sequenz eines mehrstündigen Klageliedes. Denn die Lehrkräfte kämpfen an allen Fronten: Beim Volk gegen die Schulinitiative, beim Kanton gegen Schreibtisch-Verordnungen. Die Einführung von Frühfranzösisch töne wunderbar. Und einigen Schülern wird es das Leben schwer machen.

Präsidentin Bea Fünfschilling und Geschäftsführer Christoph Straumann zeigten ihren Berufskollegen auf, was mit der Vorlage zu Harmos und zum Bildungsraum Nordwest-

schweiz auf sie zukommen wird. Das Verhalten der Bildungsdirektion nannte Fünfschilling dabei «eine Frechheit». Die Kantone der Nordwestschweiz (ausser Aargau) möchten 2011 Frühfranzösisch einführen. «Doch die Umsetzung ist bis heute nicht bekannt», wetterte Fünfschilling.

Nachbüffeln für Lehrkräfte

Dabei geht es für die meisten Lehrkräfte um Nachqualifikationen von über 200 Stunden und einen Auslandsaufenthalt, erklärte Doris Boscardin, die am Gymnasium Französisch unterrichtet. Höchste Zeit mit dem Nachbüffeln anzufangen. Doch weil der Kanton offen lässt, wer das alles bezahlen soll, rät Fünfschilling den Lehrkräften, mit den Kursen zuzuwarten. «Sonst läuft Ihr Gefahr, die vom Kanton verlangte Weiterbildung aus der eigenen Tasche berappen zu müssen.»

Spass am Französisch stufengerecht zu vermitteln, wird aber nicht nur einige Lehrkräfte an ihre Motivationsgrenze bringen. Einigen Schülern könnte es den Spass an der Schule verderben – erst recht, wenn sie wegen schlechtem Noten sitzen bleiben. So

müssten Lehrkräfte bereits jetzt Sekundärlehrer mit Migrationshintergrund vom Französisch-Unterricht dispensieren, weil sie schon mit dem Deutsch Probleme haben und auch die Muttersprache nicht fehlerfrei beherrschen.

Auch bei allen anderen Umbauten fehle der Praxisbezug, gab Fünfschilling zu bedenken. Was geschieht mit den 25 Prozent Sekundärlehrern, die wegen der Umstellung von vier auf drei Jahre überflüssig werden? Wie werden die zunehmenden Raumpässe gelöst? «Wer bezahlt das alles?», fragt die FDP-Landrätin.

Resolution an Bildungsdirektion

Die Delegierten verabschiedeten deshalb eine Resolution. Der Kanton als Arbeitgeber wird aufgefordert, die Umsetzungspläne auf den Tisch zu legen und mit den Sozialpartnern arbeitsrechtliche Verhandlungen zu führen. Die Lehrkräfte pochen dabei auf Besitzstandregelungen, Sozialpläne, bezahlter Nachqualifikation, einer Pflichtstundensenkung und mehr Ressourcen für die Integration von Kleinklassenschülern. Denn nebst Weiterbildung und Umstrukturie-

rung sind die Lehrkräfte weiter gefordert, die Kinder individuell zu unterstützen und zu fördern und zu reagieren, falls daheim etwas nicht stimmt.

Bis zur Volksabstimmung vom 30. November haben die Lehrkräfte noch zusätzliche Sorgen: sie kämpfen gegen die «Bildungsvielfalt für alle». Gastredner Lukas Ott warnte vor dem «gesellschaftspolitischen Zündstoff» dieser Initiative. «Schüler, die ihren Bildungsgutschein an Privatschulen mitnehmen, entziehen den «Restschulen» Finanzen», sagte er. Da die Schulen das Besetzzeichen an die Tür hängen können, sei es trügerisch, zu meinen, Eltern könnten die Schule wählen: «Vielmehr werden sich die Schulen ihrer Schüler aussuchen», hiess es im Saal.

Den Abstimmungskampf lassen sich die Lehrern bis 30000 Franken kosten. Auch wegen stagnierender Mitgliederzahlen hat der LVB mit finanziellen Nöten zu kämpfen. Als Sondermassnahme erhalten Lehrkräfte, die ein neues Mitglied anwerben, eine Reduktion auf ihrem Beitrag. Können die Einnahmen nicht gesteigert werden, sei eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge zu erwägen, hiess es.

Baselland Die Lehrer begehren auf ^{bz 19.9.08}
Die Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer wehren sich gegen den Druck, der von allen Seiten auf sie ausgeübt wird. An der Delegiertenversammlung in Münchenstein warnen sie auch vor den Folgen, die dieser Stress auf die Schüler haben könne. Themen waren zudem die Schulinitiative, verschiedene Verordnungen und die Einführung des Frühfranzösisch. (BZ) **Seite 9**

Basellandschaftliche
-Zeitung
Frontseite

Basler
Zeitung
Frontseite 1

Freie Schulwahl passt nicht allen

Staat soll nicht «dreinreden»

^{baz 19.9.08}

PRIVATSCHULEN. Der Verband Schweizerischer Privatschulen setzt sich für eine «echte» freie Schulwahl ein, das hat der Vorstand gestern beschlossen. Eine BaZ-Umfrage zeigt aber, dass viele Privatschulen bei einem solchen System gar nicht mitmachen wollen – weil ihnen der Staat nicht «dreinreden» soll. **rus > SEITE 7**

Steuergelder für wichtigere Aufgaben

Debatte zur freien Schulwahl;
BaZ diverse ^{baz 19.9.08}

Da wird davon geredet, dass Konkurrenz im Schulwesen die Bildung unserer Kinder verbessern soll. Reden wir doch einmal darüber, was die Folgen sind und um was es wirklich geht, sollte die Abstimmung im Sinne der Befürworter verlaufen.

1. Die Privatschulen sollen vom Staat subventioniert werden. Woher nimmt der Staat das Geld? Entweder vom Budget, das für die staatlichen Schulen bestimmt ist. Das würde zur Folge haben, dass für diese Schule weniger Geld zur Verfügung stehen würde und dass damit das jetzige Lernprogramm zurückgestuft oder gar Personal abgebaut werden müsste. Dies würde ganz sicher nicht zu einer Verbesserung des jetzigen Zustandes führen. Die zweite Möglichkeit wäre, der Staat würde die Mehrkosten durch Steuererhöhung kompensieren.

2. Wie es der Name Privatschulen sagt, handelt es sich um Privatunternehmen. Ich habe noch von keinem Privatunternehmen – und dabei meine ich nicht Stiftungen und wohltätige Organisationen – gehört, welche nicht gewinnorientiert arbeiten. Dazu ist zu sagen, dass es nicht die Aufgabe des Steuerzahlers ist, die Rendite eines Privatunternehmens zu gewährleisten. Ich bin der Ansicht, dass der Staat die Steuergelder für wesentlich wichtigere Aufgaben verwenden muss. **GOTTFRIED AUER, OBERWIL**